

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	11
Einleitendes Vorwort	15
A. Die Begriffe „Europarecht“ und „Europäisches Polizei- und Strafprozessrecht“	19
I. Europarecht	19
II. Europäisches Polizei- und Strafprozessrecht.	20
B. Europarat und Europäische Menschenrechtskonvention	23
I. Europarat	23
II. Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)	26
1. Geltung der EMRK in Deutschland	28
2. Menschenrechte und Grundfreiheiten in der EMRK	32
3. Rechte der EMRK weitgehend im deutschen Recht enthalten	37
a) EMRK-Rechte im Grundgesetz.	37
b) EMRK-Rechte in Bundes- oder Landesgesetzen	40
c) Handlungspflichten in der EMRK und im deutschen Recht	41
d) Beachtung des nationalen Rechts verhindert in der Regel Verstöße gegen die EMRK	42
4. Ausdrückliche und detailliertere Regelungen in der EMRK, insbesondere zum Recht auf ein faires Verfahren	43
a) Recht auf ein faires Verfahren	44
b) Spezialfall: Recht auf konfrontative Befragung	50
5. Juristische Wertungsfragen	57
a) Folter, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung	57
b) Weitere Wertungsfragen	63
c) Der häufigste Fall in Deutschland: zu lange Gerichts- verfahren	65
6. EMRK enthält nur Mindeststandards	72
III. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) und die Bedeutung seiner Rechtsprechung für die Polizei	73
1. Der EGMR	73
2. Bedeutung des EGMR.	77
3. Folgen von festgestellten Verstößen gegen die EMRK.	81
IV. Weitere Konventionen und Abkommen des Europarates	85

C.	Europäische Union und Europäische Gemeinschaften?	
	Überblick über die Entstehung der Europäischen Union . . .	87
I.	Vor Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon (bis Nov. 2009). .	88
	1. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Europäische Atomgemeinschaft und Europäische (Wirtschafts-)Gemeinschaft	88
	2. Europäische Union	90
	3. Drei-Säulen-Modell	90
	4. Die Rechtsnatur der Europäischen Gemeinschaften	91
	5. Die Rechtsnatur der Europäischen Union, der GASP und der PJZS	91
II.	Die EU seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon (ab Dez. 2009)	92
	1. Aktuelle Rechtsnatur der EU	93
	2. GASP und die PJZS	94
	3. Weitere Neuerungen durch den Vertrag von Lissabon. . . .	95
III.	Mitglieder der EU und weitere Entwicklungen	96
D.	Unionsrecht und nationales Recht	99
I.	Anwendungsvorrang	99
	1. Rechtslage vor dem Vertrag von Lissabon.	99
	2. Aktuelle Rechtslage	100
II.	Nichtanwendungs- oder Normverwerfungsbefugnis der Exekutive?	101
III.	Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung, Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit	107
	1. Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung	107
	2. Subsidiaritätsprinzip	108
	3. Verhältnismäßigkeit	109
IV.	Übertragung von Hoheitsrechten im Grundgesetz	109
E.	Die Europäische Union – Organe und Rechtssetzung.	113
I.	Einführung	113
II.	Organisation der Europäischen Union	113
	1. Europäisches Parlament.	115
	2. Europäischer Rat.	118
	3. Rat	119
	4. Kommission	120
	5. Gerichtshof der Europäischen Union	121
	6. Sonstige Organe, Institutionen und Einrichtungen	123
III.	Kompetenzen der EU, Rechtsquellen und Rechtssetzung. . . .	124
	1. Kompetenzen der EU	124

a)	Ausschließliche Zuständigkeiten der EU	124
b)	Zwischen der EU und den Mitgliedstaaten geteilte Zuständigkeiten	124
c)	Zuständigkeiten zur Unterstützung, Koordinierung und Ergänzung von Maßnahmen der Mitgliedstaaten	125
2.	Rechtsquellen	126
a)	Primäres Unionsrecht	126
b)	Sekundäres Unionsrecht (§ 288 AEUV)	127
3.	Rechtssetzung	129
a)	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren	130
b)	Besonderes Gesetzgebungsverfahren	130
F.	(Grund-)Rechte und Grundfreiheiten in der Europäischen Union	131
I.	Grundrechte des Unionsrechts.	131
1.	Grundrechte vor dem Vertrag von Lissabon	131
2.	Dreifacher Grundrechtsschutz seit dem Vertrag von Lissabon	132
II.	Weitere ausdrückliche Rechte der Unionsbürger in den EU-Verträgen	135
1.	Diskriminierungsverbot.	135
2.	Freizügigkeit, Wahlrecht, diplomatischer Schutz, Petiti- onsrecht	136
III.	Der Binnenmarkt und die Grundfreiheiten.	138
1.	Warenverkehrsfreiheit	141
2.	Arbeitnehmerfreizügigkeit	144
3.	Niederlassungsfreiheit	146
4.	Dienstleistungsfreiheit	148
5.	Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit	150
6.	Auswirkungen der Grundfreiheiten auf die Gefahren- abwehr und Strafverfolgung	151
a)	Auswirkungen der Grundfreiheiten auf die Gefahren- abwehr	151
b)	Auswirkungen der Grundfreiheiten auf die Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	155
IV.	Weitere Politiken	158
V.	Rechtsschutz durch den Gerichtshof der EU.	158
G.	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	163
H.	Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	165
I.	Überblick über den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	165

II.	Nationale Souveränität und immer intensivere Zusammen-	166
III.	arbeit	
	Erforderlichkeit und Schwierigkeiten der polizeilichen	169
	und justiziellen Zusammenarbeit	
	1. Erforderlichkeit der polizeilichen und justiziellen Zusam-	169
	menarbeit	
	a) Ausgleich für den Wegfall der Grenzkontrollen	170
	b) Grenzüberschreitende Gefahren	172
	2. Gemeinsames Ziel: Sicherheit <i>und</i> Freiheit	173
	3. Schwierigkeiten	175
IV.	Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit im Überblick. . .	176
I.	Polizeiliche Zusammenarbeit	177
I.	Regelungen zur Verbesserung der polizeilichen Zusammen-	177
	arbeit	
II.	Europol	178
	1. Grundlagen	178
	a) Europäische Polizeibehörde statt Staatsanwaltschaft . .	178
	b) Gründung und Ziele von Europol	179
	2. Aufgaben von Europol	183
	a) Europol als Informationszentrale	183
	b) Europol als zentrale Analyseeinheit.	185
	c) Informationspflichten von Europol und den Mitglied-	187
	staaten	
	d) Gemeinsame Ermittlungsgruppen	187
	e) Ersuchen um Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen .	188
	f) Europol als Koordinationsstelle für Ermittlungen und	189
	Einsätze	
	g) Weitere Aufgaben von Europol.	189
	3. Nationale Stellen und Verbindungsbeamte	190
	a) Nationale Stellen.	190
	b) BKA als „nationale Stelle“ in Deutschland.	192
	c) Verbindungsbeamte	192
III.	Grenzüberschreitende Behördentätigkeit	194
J.	Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	195
I.	Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung.	195
II.	Harmonisierung des Strafverfahrensrechts	195
III.	Harmonisierung des Strafrechts	197
IV.	Kriminalprävention	197
V.	Eurojust	198
VI.	Europäische Staatsanwaltschaft	199

VII.	Beispiele für die vertiefte justizielle Zusammenarbeit	201
1.	Europäischer Haftbefehl und Übergabeverfahren	201
2.	Gemeinsame Ermittlungsgruppen	204
3.	Weitere Beispiele der vertieften justiziellen Zusammen- arbeit in Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren	206
K.	Strafrecht.	209
I.	Mindestvorschriften bei besonders schwerer grenzüberschrei- tender Kriminalität	211
II.	Annexkompetenz zur Angleichung des Strafrechts in bereits harmonisierten Politikbereichen	212
III.	Schutz der finanziellen Interessen der EU	213
1.	Strafnormen zum Schutz der finanziellen Interessen der EU	213
2.	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)	215
IV.	Andere EU-Vorschriften als Strafrechtsnormen im weite- ren Sinne	218
V.	Einfluss auf das Strafrecht aus anderen EU-Regelungsbe- reichen	219
VI.	Beobachtung zukünftiger Einwirkungen auf das nationale Strafrecht	223
L.	Überblick über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen	225
M.	Schengener Regelwerk	233
I.	Die Schengen-Abkommen	233
II.	Polizeiliche Zusammenarbeit im SDÜ	235
1.	Zusammenarbeit in den Grenzgebieten	237
2.	Grenzüberschreitende Observation	239
3.	Grenzüberschreitende Nacheile	242
4.	Weitere Regelungen zur grenzüberschreitenden Obser- vation und Nacheile	248
5.	Informationsaustausch	249
6.	Weitere Regelungen im SDÜ	250
7.	Schengener Informationssystem	251
III.	Der Schengener Grenzkodex	252
N.	Vertrag von Prüm	255
I.	DNA-Profile, daktyloskopische und sonstige Daten	256
1.	Abgleich und Gewinnung von DNA-Profilen	256
2.	Abgleich von daktyloskopischen Daten	257
3.	Abruf von Daten aus Fahrzeugregistern	258
4.	Übermittlung von Informationen im Zusammenhang mit Großveranstaltungen	258

II.	Maßnahmen zur Verhinderung terroristischer Straftaten	259
III.	Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Migration	260
IV.	Gemeinsame Streifen und sonstige Einsätze	260
V.	Maßnahmen bei gegenwärtiger Gefahr	261
VI.	Hilfeleistung bei Großereignissen, Katastrophen und schweren Unglücksfällen	262
VII.	Zusammenarbeit auf Ersuchen	263
VIII.	Allgemeine Bestimmungen des Prümmer Vertrages	263
	1. Dienstwaffen, Munition, Ausrüstungsgegenstände	263
	2. Schutz, Beistand, Haftung und strafrechtliche Verant- wortung	264
	Stichwortverzeichnis	265